

Politologische Aufklärung – konstruktivistische Perspektiven

Renate Martinsen *Hrsg.*

Ordnungsbildung und Entgrenzung

Demokratie im Wandel



Springer VS

Politologische Aufklärung – konstruktivistische Perspektiven

Herausgegeben von

Univ.-Prof. Dr. Renate Martinsen,
Universität Duisburg-Essen, Deutschland

Die Entdeckung des Beobachters bezeichnet in der Gegenwart die zentrale intellektuelle Herausforderung in den modernen Wissenschaften. Der dadurch in zahlreichen Disziplinen eingeleitete „constructivistic turn“ stellt in Rechnung, dass es keinen Zugang zu einer beobachterunabhängigen Realität gibt. Erkenntnisprozesse bilden demnach die Realität nicht einfach ab, sondern sind vielmehr aktiv an ihrer Erzeugung beteiligt. In den letzten Jahrzehnten hat in den Geistes- und Sozialwissenschaften bereits in weiten Bereichen eine Ausdifferenzierung des konstruktivistischen Diskurses stattgefunden – in der Politikwissenschaft setzte diese Entwicklung jedoch erst mit Verzögerung ein. Die Publikationsreihe „Politologische Aufklärung – konstruktivistische Perspektiven“ verfolgt ein Forschungsprogramm, das sich eine konstruktivistische Reformulierung von politikwissenschaftlichen Fragestellungen und Begrifflichkeiten zum Ziel gesetzt hat. Dabei geht es in verschiedenen konstruktivistischen Varianten – wenn auch mit jeweils unterschiedlichen Akzentuierungen – stets um die Frage nach der Produktion von politischer Wirklichkeit und die Frage nach dem Status unseres Wissens.

Renate Martinsen (Hrsg.)

Ordnungsbildung und Entgrenzung

Demokratie im Wandel

Herausgeber
Univ.-Prof. Dr. Renate Martinsen
Universität Duisburg-Essen
Duisburg
Deutschland

Politologische Aufklärung – konstruktivistische Perspektiven
ISBN 978-3-658-02717-9 ISBN 978-3-658-02718-6 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-658-02718-6

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2015

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer Fachmedien Wiesbaden ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media (www.springer.com)

Inhalt

Einleitung

Renate Martinsen

Konstituierung und Entgrenzung von (demokratischer)
Ordnung in der Moderne – einführende Überlegungen 9

Teil I

Dynamisierung der Demokratie

André Brodocz

Die Dynamisierung demokratischer Ordnungen 23

Renate Martinsen

Demokratie, Protest und Wandel.
Zur Dynamisierung des Demokratiebegriffs in Konflikten
um große Infrastrukturprojekte am Beispiel von *Stuttgart 21* 45

Ludger Heidbrink

Postliberalismus.
Zum Wandel liberaler Gesellschaften und demokratischer Politik 87

Oliver Flügel-Martinsen

Das Abenteuer der Demokratie.
Ungewissheit als demokratietheoretische Herausforderung 105

Teil II**(Demokratische) Ordnungsbildung in der Weltgesellschaft***Stephan Stetter*

Ordnungsbildung und Entgrenzung in der Weltgesellschaft.
 Internationale Politik zwischen Fragmentierung
 und Demokratisierung 123

Andreas Niederberger

Transnationaler Konstitutionalismus und demokratische Legitimität 147

Klaus Schlichte

Cubicle Land – Bürokratie und Demokratie in der Regierung der Welt 175

Teil III**Demokratie und das Andere der Ordnung***Wolfgang Fach*

Exit(us), Voice and Loyalty.
 Rousseau, der Scheintod und die Demokratie 201

Christiane Bausch

Demokratie, Migration und die Konstruktion des Anderen 221

Oliver Marchart

Globale Proteste und die Demokratisierung der Demokratie.
 Anmerkungen zum Kosmopolitismus 239

Sachregister 251

Autorenverzeichnis 259

Einleitung

Konstituierung und Entgrenzung von (demokratischer) Ordnung in der Moderne – einführende Überlegungen

Renate Martinsen

1 Die Macht der Ordnung und die Ordnung der Macht

„Gott würfelt nicht!“ lautet eine bekannte Sentenz, die dem Physiker Albert Einstein zugeschrieben wird und die von der menschlichen Sehnsucht nach einem geordneten Weltganzen Zeugnis ablegt. Als Grundkategorie menschlicher Welt-erfassung dient *Ordnung* der kategoriellen Abstraktion und ermöglicht die Strukturierung von Erfahrung. Die Suche nach Regelmäßigkeit, Wiederkehrendem, Vergleichbarem, Mustern, Strukturen etc. ist auch in den Sozialwissenschaften von elementarer Bedeutung. Erst der Wille zur Ordnung schafft die Voraussetzung für das Erkennen gesellschaftlicher Zusammenhänge. Aus der Perspektive der Chaostheorie stellt sich das Weltgeschehen als zu jedem Zeitpunkt einzigartiger, unfassbar vielschichtiger evolutionärer Prozess dar – doch allenfalls Gott könnte dies begreifen, nicht aber der Mensch. Im Alltagsleben wie auch in der Wissenschaft versuchen wir durch Ordnungsvorstellungen Orientierungsmöglichkeiten und Planbarkeit für die Lebensführung bzw. für das Denken von Gesellschaft zu etablieren, indem wir den einmaligen prozessualen Strom der Ereignisse zerstückeln und die so entstandenen Teile Kategorien zuordnen: Durch diese Reduktion von Komplexität werden „Regelmäßigkeiten ge- und erfunden“ (vgl. Kriz 2004: 45). Erst so wird Ordnungs- und Sinnbildung im (wissenschaftlichen) Umgang mit Welt ermöglicht.

Doch jede Ordnung ist unhintergebar imperfekt. Denn die Herstellung von Ordnung, die dem „wildem“ Fluss an Vorkommnissen in der Welt abgerungen wird, kann nur über Grenzziehung erfolgen. Die *Grenze* trennt den zum strukturierten Ganzen gehörenden Kosmos von dem Jenseits der Ordnung. In anderen Worten: Die Semantik der Ordnung folgt der Logik des Codes „Ordnung“ versus „Unordnung“. Dem Außen der Ordnung kommt eine doppelte Funktion zu: Einerseits stellt das Ausgegrenzte das Ordnungsgefüge immer wieder in Frage, an-

dererseits ist es Möglichkeitsbedingung für die Identitätsbildung einer Ordnung. Als Distinktionsprinzip ermöglicht Ordnung kontingente Anordnungen von Phänomenen. Grenzen sind somit unweigerlich umkämpft. Weil Ordnung konstitutiv auf ihr Anderes verweist, kann die Grenzbildung nie zu einem definiten Resultat führen, sondern ist als fortlaufender Prozess zu konzeptualisieren, der es mit Unterbrechungen, Paradoxien und Vermischungen zu tun hat. „Grenzhygiene“ (Koschorke 1999: 50) bleibt eine Fiktion.

Auch das politische Denken ist seit jeher von diesem grundsätzlichen Bezug auf Ordnung strukturiert. Jedoch sind Konzeptionen einer politischen Ordnung seit der *Moderne* vor charakteristische Herausforderungen gestellt. Denn die moderne, d. h. funktional ausdifferenzierte Gesellschaft verfügt nicht mehr über ein Zentrum oder eine Spitze – deshalb kann sie sich nicht mehr auf eine referenzfähige Einheit beziehen, von der aus für alle verbindliche Maßstäbe abgeleitet werden können (vgl. Martinsen 2010). Ein moderner Theoriestil muss die Unmöglichkeit des Rückgriffs auf eine Letztinstanz in Rechnung stellen und Erkenntnis selbstreflexiv wenden. Welt ist dann nicht mehr als Gegenstand, sondern nur noch als unfassbare Einheit, die auf verschiedene Weise beobachtet werden kann, imaginierbar. Die Ordnungsidee steht vor der Herausforderung, dass es in der Moderne plurale gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen gibt, die nicht miteinander kompatibel sind: Unterschiedliche gesellschaftliche Funktionssysteme mit jeweils eigenen Rationalitäten haben sich ausdifferenziert, die distinkte Grenzziehungen etablieren. Ordnungen in der modernen Gesellschaft sind somit beobachtungsabhängig. Konstruktivistische Denkfiguren, die auf diese Beobachterabhängigkeit rekurrieren, halten seit geraumer Zeit Einzug in das sozialwissenschaftliche Denken.

Vor dem Hintergrund der Ordnungskonkurrenz in der modernen Gesellschaft bilden die Konzeptualisierungsbemühungen einer *politischen Ordnung* nur noch einen Sinnentwurf neben anderen. Die Ansätze zur Profilierung einer Ordnung in der politischen, durch Machtbeziehungen gewebten Welt haben sich seit der Neuzeit immer wieder auf den Staat als nach innen und außen kompaktem Handlungsakteur bezogen. Diese Sichtweise wird gegenwärtig indes zunehmend in Zweifel gezogen: *Wandel von Staatlichkeit* ist das politikwissenschaftliche Megathema seit dem Ende des 20. Jahrhunderts. Demnach befindet sich die staatliche Ordnung sowohl „nach innen“ als auch „nach außen“ im Zuge der Herausbildung von (Global) Governance-Strukturen in einem Erosionsprozess: National und transnational erweitert sich zunehmend der Kreis der Akteure und Institutionen, die „mitregieren“ und über kein demokratisches Mandat verfügen bzw. eine Entkopplung zwischen der Reichweite politischer Entscheidungsmacht und dem Horizont politischer Problemketten induzieren. Die Frage nach der demokratischen Legitimität politischer Ordnungen in einer sich globalisierenden Welt nimmt mittlerweile einen prominenten Platz auf der politikwissenschaftlichen Forschungs-

agenda ein. Dabei stellt sich das Problem, ob die herkömmlichen Denkformen überhaupt noch in der Lage sind, „demokratische Legitimität“ auf der Folie eines grundlegend veränderten politischen Koordinatensystems angemessen zu konzeptualisieren.

Eine weitere Problematisierungsebene eröffnen politiktheoretische Perspektiven, welche die gängige Fokussierung auf den Staat und die institutionell-rechtliche Dimension des Politischen in Frage stellen. Der Bezug auf die staatliche Ordnung als Gravitationszentrum politikwissenschaftlichen Denkens operiert mit einem folgenreichen „blinden Fleck“: Ist das Soziale ein vielschichtiger Ordnungszusammenhang, dann ist bereits der Konstituierung und Verfestigung einer politischen Ordnung selbst ein genuin politischer Charakter inhärent. Unterscheidet man in diesem Sinne zwischen *der Politik* und *dem Politischen*, wie ein neueres politiktheoretisches Denken nahelegt, dann sind alle gesellschaftlichen Teilsysteme immer auch „politisierte Systeme“, denn der „unabschließbare Prozess der Konstruktion von Systemen [ist] selbst höchst umkämpft und mithin politisch.“ (Peter 2014: 54) Sinnvermittelte Kämpfe um Inklusion und Exklusion werden über die Kommunikation von Differenzen prozessiert. Die Bezüge zwischen dem Innen und Außen der politischen Ordnung gehen einher mit der Austragung von Konflikten. Versteht man politische Ordnung in konstruktivistischer Denkweise als „diskursives Produkt“, dann kommt kontroversen Vorstellungen einer legitimen Ordnung paradoxerweise eine konstitutive Funktion für diese zu, da Deutungskonflikte die Fortsetzung des Diskurses sichern, der die Ordnung konstituiert (vgl. Brodocz 2011: 50 f.).

2 Wandel des Wandels: Demokratie in der Moderne

Solchermaßen erfolgt eine Dynamisierung von Ordnungsbildungsprozessen. Ging man herkömmlicherweise davon aus, dass eine Analyse sozialen oder politischen Wandels nur vor dem Hintergrund einer stabilen sozialen Struktur begrifflich erfasst werden kann, so deutet sich hier an, dass das gesellschaftstheoretische Verständnis von *Wandel* womöglich reformuliert werden muss. Zunächst einmal ist evident, dass sich Wandel in der Moderne nicht mehr auf eine Fortschrittsperspektive beziehen kann: Die laufende Transformation von Ordnungen scheint nur noch auf die eigene Fortsetzbarkeit bezogen. Beständiger Wandel ist demnach „ziellos und kontingent“ (Jäger/Weinzierl 2011: 15), aber keineswegs beliebig, da die Anschlussfähigkeit von Operationen an die Ordnungsbildungsprozesse zum Aufbau von ordnungsgenerierenden Strukturen erforderlich ist. Der Wandel von politischen Ordnungen verläuft pfadgebunden – die Wahrnehmung von Strukturbrüchen wäre somit auf einen profilbildenden Ordnungsimpuls der Sozialwis-

senschaften zurückzuführen. Es passt ins Bild, dass sich im neuen Jahrtausend inhaltliche Trendaussagen zur Entwicklung des politischen Teilbereichs immer mehr verflüchtigen – vielmehr finden sich polare Leittafeln wie „Ausdifferenzierung und Interaktion“, „Regionalisierung und Internationalisierung“, „Steuerung und Selbstorganisation“, die das Signum der Ambivalenz tragen. Insofern lässt sich von einem Paradigmenwechsel im Sinne eines „Wandels des Wandels“ sprechen. Die These eines neuen Wandels führt zu einer Verflüssigung der Grenzfrage. Es ist in diesem Sinne keineswegs von statischen Grenzziehungen auszugehen. Vielmehr kann ein kontinuierlicher dynamischer Prozess der Entgrenzung und Neubegrenzung (= Ordnungsbildung) diverser sozial produzierter Zusammenhänge verzeichnet werden. Entgrenzung als Zusammenspiel des Wandels sozialer Grenzen findet dabei gegenwärtig auf verschiedenen strukturell miteinander gekoppelten Ebenen (funktionale, territoriale und symbolische) statt (vgl. Stetter 2008: 103 ff.). Die Diagnose einer grundsätzlichen Polykontextualität der Gesellschaft impliziert, dass soziale Funktionssysteme füreinander ein hohes Irritationspotential besitzen.

Auch politischer Wandel vollzieht sich entsprechend als kontinuierlicher Prozess der Etablierung und Verfestigung sowie Entgrenzung und Rekonstituierung von politischen Ordnungen. Eine zentrale Rolle für das politikwissenschaftliche Selbstverständnis spielt die Thematisierung von Bestandsvoraussetzungen und Entwicklungschancen der *Demokratie*. Wandel der politischen Ordnung wird zuvorderst thematisiert als Frage nach einer neuen Performanz demokratischer Ordnungen. Ein verbreiteter Topos in der Politikwissenschaft handelt von Entgrenzung als Gefährdung der Demokratie. Aus der tradierten staatszentrierten Perspektive werden die Einbußen im Hinblick auf den normativen Anspruch einer umfassenden Gesellschaftsteuerung im Zuge der Globalisierung beklagt. Doch die vorherrschende Konzentration auf die „Norm“ der nationalstaatlich verstandenen Demokratie vermag die strukturell gewandelten Verhältnisse nur unzureichend zu erfassen. Setzt man hingegen an bei einem gesellschaftstheoretisch verankerten Begriff von Entgrenzung, dann kann verdeutlicht werden, dass Demokratie in historischer Perspektive zugleich auch ein Resultat von funktionaler Differenzierung ist. Der Vorzug einer historisch vermittelten Orientierung an der „Form“ der Demokratie erweitert den Analysefokus und eröffnet die Option, die gegenwärtig stattfindenden Wandlungsprozesse neu zu beschreiben. Demokratie fungiert solchermaßen als Selbstbeschreibungsfelme der politischen Ordnung im Allgemeinen: „Das, was als Herrschaft geordnet werden sollte, [...] kehrt ungerichtet ins System zurück und veranstaltet dort ein eigenes Spiel, um Formen zu finden, die sich als Grundlage für Wiederauflösung und Neukonsolidierung eignen.“ (Luhmann 2000: 357) Unter einer funktionalen Perspektive scheint eine demokratische Herrschaftsform am ehesten zu gewährleisten, dass soziale Kom-

plexität erhalten bleibt, indem sie die unbekannte Zukunft offen hält für neue Gelegenheitszeitfenster und damit einhergehende neue Beschränkungen. Indes lässt sich auch unter primär funktionalistischer Betrachtung eine normative Privilegierung der Demokratie plausibilisieren, da Demokratie als Ordnung ohne letzten Grund beschrieben werden kann (vgl. Marchart 2010: 31). Als radikale Demokratie stellt sie das ständige Neuordnen des politischen Felds in Rechnung und reflektiert auf ihre eigene Wandelbarkeit. Eine Realisierung dieses Potentials demokratischer Ordnungen impliziert, dass sich Demokratie auf keine a priori feststehenden Normen bezieht, sondern Normbildung aus der demokratischen Praxis selbst erwächst.

3 Politisierung als Folge des konstruktivistischen Zweifels

In den *Beiträgen des vorliegenden Bandes* geht es darum, das Verständnis der theoretisch gehaltvollen Begriffe „Ordnungsbildung“ und „Entgrenzung“ aus gesellschafts- und politiktheoretischer Warte zu vertiefen und zugleich anhand des Themenschwerpunkts „Demokratiewandel“ zu beleuchten.¹ Folgende Leitfragen umgrenzen – bei differierender Schwerpunktsetzung – das Forschungsinteresse: (1) Wie lässt sich Ordnung verstehen? (2) Wie vollzieht sich der Wandel von Ordnung (Prozesse der Entgrenzung, Prozesse der Re-Konstituierung)? (3) Inwiefern kann gegenwärtig ein Wandel der demokratischen Ordnung diagnostiziert werden? Trotz unterschiedlicher theoretischer Perspektiven und empirischer Bezüge stellen sich zahlreiche Verweisungszusammenhänge zwischen den Texten her, so dass die folgende Gliederung nur *einem* möglichen ordnungstheoretischen Profil geschuldet ist. Die im Folgenden präsentierte „Storyline“ startet mit Beobachtungen des dynamischen Wandels demokratischer Ordnungen, die sodann verstärkt auf den Rahmen des weltpolitischen Systems bezogen werden und thematisiert abschließend „das Andere der Ordnung“ (Bröckling u. a. 2014) im Sinne eines Jenseits der etablierten demokratischen Ordnung; Der Fokus auf dem Ausnahmefall, dem Anderen, dem Antagonismus machen darauf aufmerksam, dass auch

1 Der Band geht zurück auf eine Vortragsreihe des gesellschaftswissenschaftlichen Profilschwerpunkts „Wandel von Gegenwartsgesellschaften. Ordnungsbildung in entgrenzten Verhältnissen“ der Universität Duisburg-Essen zum Thema „Entgrenzung und Ordnungsbildung – Demokratie im Wandel“ und versammelt überarbeitete Fassungen von Vorträgen, die vom SoSe 2012 bis zum WiSe 2013/14 gehalten wurden. Die Beiträge von Martinsen und Martinsen-Flügel wurden im Rahmen des DVPW-Kongresses am 27. September 2012 an der Universität Tübingen im Panel „Demokratie als Konstrukt“ der Themengruppe „Konstruktivistische Theorien der Politik“ in einer ersten Version vorgestellt.

demokratische Ordnungen immer wieder notwendig Ausschließungen produzieren und dies – im besten Falle – selbst reflektieren.

3.1 Dynamisierung der Demokratie

Der erste Themenblock zum Demokratiewandel wird eröffnet durch grundbegriffliche Überlegungen von *André Brodocz* zur dynamischen Ordnungsbildung von Demokratien. Politische Ordnungen, deren Geltungswillen auf die Durchsetzung kollektiv verbindlicher Entscheidungen ausgerichtet ist, werden demnach auf dem Wege der Zuschreibung von Legitimität durch die Bürger nicht nur dar-, sondern auch fortlaufend hergestellt. Die Pluralität von legitimen Ordnungsvorstellungen wird dabei symbolisch integriert durch eine Einheitsvorstellung, die auf unterschiedliche Weise interpretiert werden kann. Diese Deutungsöffnung verläuft über Deutungskonflikte, welche die fortwährende diskursive Konstituierung der politischen Ordnung indes erst ermöglichen. Zugleich aber bergen diese Auseinandersetzungen auch Potential nicht nur für den kontinuierlichen Wandel von Ordnungen, sondern auch für deren Gefährdung. „Demokratie“ ist gegenwärtig zur hegemonialen Einheitsvorstellung geworden, über die moderne politische Ordnungen ihre symbolische Integration erwirken. Sowohl die Konflikte um Deutungsmacht auf der Ebene der internationalen politischen Ordnung als auch die Krisendiagnosen in etablierten westlichen Demokratien führen vor Augen, dass Demokratie nicht nur stets „im Kommen“ (Derrida), sondern auch „*im Gehen*“ ist.

Gleichfalls an die These einer Dynamisierung des Demokratiebegriffs angeknüpft wird im Beitrag von *Renate Martinsen*. Ausgehend von der politikwissenschaftlichen Debatte um den Wandel von Staatlichkeit und den Krisendiskursen zur demokratischen Legitimität wird gezeigt, dass meist zwei miteinander in Spannung stehende Strukturprinzipien des demokratischen Verfassungsstaates nicht hinreichend unterschieden werden: nämlich das Volkssouveränitäts- und das Rechtsstaatsprinzip, die Anknüpfungspunkte für unterschiedliche gesellschaftliche Selbstverständigungsdiskurse bieten. Im Zuge der wachsenden gesellschaftlichen Wahrnehmung der Ambivalenz des technischen Fortschritts kommt es insbesondere im Kontext von großen Infrastrukturprojekten, die mit langfristigen irreversiblen Weichenstellungen einhergehen, zur Herausbildung einer neuen, in der Mitte der bürgerlichen Gesellschaft angesiedelten Protestbewegung. In Bezug auf das Fallbeispiel *Stuttgart 21* lässt sich plausibilisieren, dass der Streit um den Neubau des Stuttgarter Hauptbahnhofs als Konflikt um die Deutung von Demokratie reformuliert werden kann. Abschließend wird diskutiert, inwiefern sich mit dem Stuttgarter Schlichtungsverfahren als einem kommunikativen Politikmodell

Formen einer „kommunikativen Demokratie“ abzeichnen, welche geeignet erscheinen, repräsentative und direktdemokratische Demokratie zu ergänzen.

Die Reflexionen von *Ludger Heidbrink* zum zeitdiagnostischen Begriff des „Postliberalismus“ greifen gleichfalls die Diskussionen auf, die Symptome einer Krise der liberalen Verfassung westlicher Demokratien ausmachen. Der Autor prüft, ob sich mit dem Postliberalismus-Label als heuristischem Konstrukt eine veränderte und angemessenere Beschreibung gesellschaftlicher und demokratischer Wandlungsprozesse leisten lässt. Hierzu werden zunächst einmal verschiedene Krisenszenarien aufgefächert, die nahelegen, dass der über zweihundert Jahre vorherrschende politische und ökonomische Liberalismus an seine Grenzen gelangt sein könnte. Wenn die Aufgabe der politischen Philosophie primär als korrekatives Verfahren verstanden wird, lässt sich vor dem Hintergrund der skizzierten Bedrohungen der Wandel von einer liberalen Politik der Ordnungsbildung zum postliberalen Paradigma wie folgt skizzieren: Es geht nun primär um die Vermeidung von genuinen Systemdefekten, die eine Gefährdung der gesellschaftlichen Funktionsbedingungen nach sich ziehen könnten. Eine „stabile demokratische Zukunft“ kann auch im Kontext einer postliberalen Gesellschaftsgestaltung nicht garantiert werden. Vielmehr steht der Postliberalismus für die „Wiederkehr des Politischen“ im Rückgang auf die soziale Existenz des Menschen und im Zeichen demokratischer Selbstregierung.

Demokratiethorie wird meist differenziert in eine normative Variante, der es vor allem um Demokratiebegründung geht, sowie eine empirische Variante, welche den analytischen Fokus auf Demokratiebeschreibung legt. Demgegenüber schärft auch *Oliver Martinsen-Flügel* den Blick für einen alternativen Demokratietheoriemodus, der nicht darauf abzielt, ein normatives Fundament für Demokratie zu rechtfertigen, aber dennoch normativ interessiert und folgenreich ist. In diesem dritten Strang insistiert ein radikales Demokratiedenken, wie es in den jüngeren Diskursen einer kritischen politischen Philosophie von Judith Butler bis zu Jacques Rancière verfolgt wird, auf der subversiven Befragung vorfindbarer institutioneller Ordnungen. Diese gegenwärtig populären Diskurse zur Demokratie gehen wesentlich auf Claude Leforts Überlegungen zum „Abenteuer der Demokratie“ zurück, in denen das nicht fixierbare Grundelement demokratischer Ordnungen akzentuiert wird. Demokratie ist solchermaßen zu verstehen als eine auf Emanzipation ausgerichtete Unternehmung, deren Befragungen vorfindbare Ordnungen beständig umschreiben und so gesellschaftliche Ordnungen nicht nur aufbrechen, sondern überhaupt erst konstituieren.

3.2 (Demokratische) Ordnungsbildung in der Weltgesellschaft

Die beobachtbare Verflüssigung von Demokratiekonzepten, bei denen gerade der prozessuale Charakter der umkämpften Herstellung, Verstetigung, Entgrenzung, Auflösung oder Rekonstituierung demokratischer Ordnungen ins Zentrum rückt, wird im zweiten Themenfeld schwerpunktmäßig auf die inter- und transnationale Ebene bezogen. Ausgehend von der Feststellung, dass die Theorien der Internationalen Beziehungen (IB) eine bemerkenswerte theoretische Blindstelle aufweisen, indem sie häufig keine Aussagen treffen über die Ordnungsstruktur globaler Politik, welche der internationalen Politik zugrunde liegt, wirft *Stephan Stetter* grundsätzliche Fragen nach Ordnung und Wandel in der Weltpolitik auf. Zur Überwindung des diagnostizierten Defizits der IB-Theorien wird Ordnungsbildung in einer hochgradig differenzierten und strukturell globalisierten Welt aus einer historisch und soziologisch informierten Perspektive reformuliert. Eine solchermaßen inspirierte Theorie der globalen politischen Ordnung identifiziert zwei signifikante Strukturmuster derselben, deren begriffliche Beachtung einen Beitrag zur Konturierung des ordnungstheoretischen Profils klassischer IB-Theorien leisten könnte: funktionale Ausdifferenzierung moderner Gesellschaftsordnungen einerseits sowie Subjektivierungsdynamiken, die spezifische Formen des Umgangs mit Inklusion und Exklusion bedingen, andererseits. Zwar lässt sich Demokratie mittlerweile auch als eine wichtige Semantik der globalen politischen Ordnung ausmachen und Abweichungen zum modernen Differenzierungs- und Inklusionspostulat eignen sich für eine normative Aufladung, doch scheint diese Entwicklung – so die resümierende Einschätzung – weniger zu einer „Entgrenzung der Demokratie im Sinne einer Demokratisierung globaler Politik“ zu führen, sondern eher Fragmentierungstendenzen der weltpolitischen Ordnung Vorschub zu leisten.

Vor diesem Hintergrund ist in der Politikwissenschaft eine Diskussion darüber entfacht, ob – analog zur Etablierung von Verfassungsordnungen in demokratischen Nationalstaaten – die Ausbildung eines transnationalen Konstitutionalismus geeignet wäre, ein mancherorts diagnostiziertes Demokratiedefizit im globalen Raum abzufedern. *Andreas Niederberger* entfaltet systematisch die Facetten dieser politiktheoretischen Kontroverse, die sowohl eine empirische als auch eine normative Dimension aufweist, und prüft anschließend die Perspektiven einer Konstitutionalisierung der transnationalen Verhältnisse für die Demokratie: Stellen diese eine Antwort auf die neuen Herausforderungen dar oder bedrohen sie stattdessen die Zukunft demokratischer Legitimität? Der Autor gelangt zu der Einschätzung, dass die Entwicklungen des Rechts im Kontext der Globalisierung aus demokratietheoretischer Sicht zwiespältig sind und sich die ausmachbaren Ambivalenzen auch nicht nach einer Seite auflösen lassen, wenn man sich nicht

an einem vorab feststehenden normativen Projekt ausgerichtet. Trotz und gerade angesichts dieser nicht eindeutigen Verhältnisse lässt sich plausibilisieren, dass die Affirmation eines funktionalistischen Konstitutionalismus notwendig wäre, da ein solcher Orientierungspunkt an der „Idee eines demokratischen Teilhaberechts“ festhält und diese nachhaltig sichert – und zwar jenseits guter Absichten derer, die Steuerung faktisch ausüben.

Einen anderen Fokus auf die „Regierung der Welt“ legt *Klaus Schlichte* in seinem Beitrag: Nicht das Recht, sondern die Verwaltung als bisher wenig beachteter Kern politischer Herrschaft wird aus der Perspektive einer kritischen Soziologie der internationalen Politik ins Visier genommen und einer immanenten Kritik unterzogen. Dabei lässt sich ein neuer Typ bürokratischer Herrschaft identifizieren, der sich in verschiedenen globalisierten Politikfeldern, vor allem aber in der Entwicklungspolitik und in der Wissenschaftspolitik, aufzeigen lässt, und der die alten zentralistischen Organisationsformen überlagert. „Cubicle Land“ ist eine Chiffre für diese dezentralisierte Form der globalisierten Bürokratie, die über eine spezifische Sprache verfügt und besondere Vorstellungen von Personal und Führung entwickelt. Die ihr inhärente Ordnungsutopie hat darüber hinaus „eine eigene Zeitlichkeit, die sich in quasi-religiösen Formen und Praktiken äußert“. Mit zunehmender Komplexität moderner Gesellschaften entwickelt sich eine unheilvolle Dynamik zwischen Bürokratisierung und Demokratisierung: Jede neue Forderung und jeder neue Konflikt führt zu neuen Regeln, die wiederum neue Auseinandersetzungen nach sich ziehen. Die eigentliche Wirklichkeit der (globalen) Politik – so die provokante These – scheint sich gegenwärtig weniger über Regierungsbeschlüsse denn über die Routinen der Verwaltung herzustellen. „Cubicle Land“ ist ein fundamental politisches Phänomen.

3.3 Demokratie und das Andere der Ordnung

In den Beiträgen der dritten Autorengruppe verlagert sich die Blickrichtung insofern, dass nun nicht mehr primär die Demokratieformationen diesseits und jenseits des Nationalstaats im Fokus stehen, sondern stattdessen das Außerordentliche der Demokratie ins Zentrum der Betrachtung rückt. *Wolfgang Fach* greift Überlegungen von Jean-Jacques Rousseau zur „katastrophalen Demokratie“ auf und fragt nach ihrer Relevanz für die heutigen Verhältnisse. Dabei zeigt er, dass Rousseau, der gemeinhin als Vertreter radikaldemokratischer Ansprüche gilt, zu meist eine verkürzte Rezeption erfährt. Denn in der Regel wird nicht in Rechnung gestellt, dass Volksherrschaft via „Gesellschaftsvertrag“ nicht für den Alltag konzipiert wurde, sondern für den Ausnahmefall, in dem alle Kräfte mobilisiert werden müssen, um eine Katastrophe (bis hin zum Tod des Kollektivs) abzuwenden.

Anders als in unserem gängigen Verständnis ist darum in Rousseaus Demokratiekonzeption die Exit-Option gerade nicht erlaubt. Demokratie im katastrophalen Augenblick bliebe indes auf eine momenthafte Dimension beschränkt. Oder lässt sich Demokratie auch rhetorisch durch die Beschwörung des Ernstfalls herbeiführen? Zu Rousseaus Zeiten bot sich hierfür das Phänomen „Scheintod“ als geeigneter Diskurskandidat an. Jedoch ist zu bilanzieren, dass es trotz einer umfangreichen transnationalen Debatte nicht gelungen ist, den Scheintod als gesamtgesellschaftliches Problem mit zwingendem Handlungsbedarf zu etablieren. Auch gegenwärtig – so der Autor – verzeichnet eine „politische Romantik des Warntätertums“ Konjunktur: Von den Jüngern Rousseaus wird mit existentieller Verve ein „neuer Gesellschaftsvertrag“ eingefordert: Doch die historischen Erfahrungen stimmen skeptisch bezüglich der Durchschlagskraft eines simulierten Ernstfalls.

Nicht die Konstruktion einer katastrophalen Situation, sondern die „des Anderen“ steht im Mittelpunkt des Beitrags von *Christiane Bausch*, die Prozesse der Inklusion und Exklusion in modernen westlichen Demokratien angesichts grenzüberschreitender Migrationsbewegungen näher beleuchtet. Es stellt sich hierbei die Frage, wie die Herausforderungen, die Zuwanderung für die Demokratie mit sich bringt, da sie die Grenzen des Demos unweigerlich destabilisiert, angemessen konzeptualisiert werden können. Feministische partizipatorische Demokratietheorien, welche gruppenspezifische Maßnahmen einfordern, berücksichtigen nicht ausreichend, dass soziale Gruppen keine essentialistische Größe darstellen, sondern vielmehr ein Effekt diskursiver Grenzziehungen sind, über die demokratische Ordnungen stabilisiert werden. (De-)konstruktivistische Theorien erweisen sich demgegenüber als weiterführend, denn sie fokussieren gerade auf die machtbasieren Kategorisierungsprozesse, auf denen Ausschlüsse aus der politischen Ordnung beruhen. Postkoloniale Ansätze vermögen außerdem die Heterogenität der Stimmen „Anderer“ zu verdeutlichen und zu zeigen, wie diese „innerhalb eines diskursiven Rahmens zum Schweigen gebracht werden“. Die Grenzen des Demos sind – dies zeigt der Blick auf die bundesrepublikanische Geschichte – verhandelbar: Demokratische Ordnungen werden durch den Anderen entgrenzt, aber auch wieder re-konstituiert.

Die bereits weiter oben angeschnittene Debatte um Möglichkeit oder Unmöglichkeit einer globalen demokratischen Ordnung nimmt *Oliver Marchart* zum Anlass, um die herkömmliche Herangehensweise der akademischen Demokratietheorie an diese Frage zu problematisieren. Der Mainstream der politischen Theorie verkürzt in der Tradition Kants die Idee demokratischer Ordnung auf die der institutionalisierten *Rechts*-Ordnung. Dadurch ist das gängige politiktheoretische Denken aber nicht in der Lage, die genuine Funktion von Protest in der globalen Weltbürgergesellschaft angemessen zu erfassen. Erforderlich ist demnach ein Per-

spektivenwechsel in Bezug auf Protestbewegungen, die – neben ihren expliziten Anliegen – zugleich immer auch implizit für die Akzeptanz der Legitimität von Konflikt eintreten. In Anbetracht des ontologischen Primats der sozialen Kämpfe, denen Demokratie ihre Gründung und Reaktivierung verdankt, vor dem Juristisch-Institutionellen, verfehlt eine auf Umsetzbarkeit partikularer Forderungen ausgerichtete Betrachtungsweise die wesentliche Funktion von Protest, Katalysator einer „fortgesetzten *Demokratisierung* der Demokratie“ zu sein. Eine weltbürgerliche Protestbewegung, die solchermaßen für eine Reaktivierung des demokratischen Dispositivs via Antagonismus steht, unterscheidet sich allenfalls im Grad der transnationalen Vernetzung von lokalen oder nationalen Protestakteuren: Protestkommunikation macht nicht an territorialen Grenzen halt.

Die Komplexität von Politik in einer sich entgrenzenden Welt ergibt sich durch das vielschichtige Zusammenspiel von fluiden Grenzbildungen und erfordert offensichtlich neue Strukturen und eine neue Semantik von Demokratie. Demokratische Ordnungen sind nicht zuletzt beobachtbare Ordnungen. Ordnungsbildung und Entgrenzung von Demokratie sind in diesem Sinne eine Frage des Beobachtungsstandpunkts – auch hier gilt: „Der konstruktivistische Zweifel könnte sich so als latent politisch erweisen.“ (Peter 2014: 60)

Literatur

- Bröckling, Ulrich/Dries, Christian/Leanza, Matthias/Schlechtriemen, Tobias, 2014: Editorial: Das Andere der Ordnung, in: *Behemoth. A Journal of Civilisation*, Jg. 7, H. 1, 4–10.
- Brodocz, André, 2011: Kampf um Deutungsmacht: Zur Symbolisierung politischer Ordnungsvorstellungen, in: Detlef Lehnert (Hrsg.), *Demokratielkultur in Europa: Politische Repräsentation im 19. und 20. Jahrhundert*, Köln: Böhlau, 47–62.
- Jäger, Wieland/Weinzierl, Ulrike, 2011: *Moderne soziologische Theorien und sozialer Wandel*, 2. Aufl., Wiesbaden: VS.
- Koschorke, Albrecht, 1999: Die Grenzen des Systems und die Rhetorik der Systemtheorie, in: ders./Cornelia Vismann (Hrsg.), *Widerstände der Systemtheorie. Kulturtheoretische Analysen zum Werk von Niklas Luhmann*, Berlin: Akademie, 49–62.
- Kriz, Jürgen, 2004: Beobachtung von Ordnungsbildungen in der Psychologie. Sinnattraktoren in der Seriellen Reproduktion, in: Sibylle Moser (Hrsg.), *Konstruktivistisch Forschen. Methodologie, Methoden, Beispiele*, Wiesbaden: VS, 43–66.
- Luhmann, Niklas, 2000: *Die Politik der Gesellschaft*, hrsg. v. André Kieserling, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

- Marchart, Oliver, 2010: Claude Lefort: Demokratie und die doppelte Teilung der Gesellschaft, in: Ulrich Bröckling/Robert Feustel (Hrsg.), *Das politische Denken*, Bielefeld: transcript, 19–32.
- Martinsen, Renate, 2010: Die Beobachtungen der Beobachtungen der Moderne – die Moderne im systemtheoretischen Diskurs im Anschluss an Niklas Luhmanns Theorie der modernen Gesellschaft, in: Ingo Pies/Walter Reese-Schäfer (Hrsg.), *Diagnosen der Moderne: Weber, Habermas, Hayek, Luhmann*, Berlin: Wissenschaftlicher Verlag Berlin, 184–196.
- Peter, Tobias, 2014: Politisierte Systeme – Grenzen der Politik und Entgrenzung des Politischen bei Niklas Luhmann, in: Renate Martinsen (Hrsg.), *Konstruktivistische Theorien der Politik*, Wiesbaden: Springer VS, 45–61.
- Stetter, Stephan, 2008: Entgrenzungen in der Weltgesellschaft. Eine Bedrohung für die Demokratie?, in: André Brodocz/Marcus Llanque/Gary S. Schaal (Hrsg.), *Bedrohungen der Demokratie*, Wiesbaden: VS, 99–118.

Teil I

Dynamisierung der Demokratie

Die Dynamisierung demokratischer Ordnungen

André Brodocz

Zusammenfassung Der Beitrag zeigt, wie sich Ordnungen durch die Deutungsöffnung ihrer Einheitsvorstellungen dynamisch konstituieren. Dadurch werden Ordnungen zu Orten von Deutungskonflikten und Kämpfen um Deutungsmacht. Diese Auseinandersetzungen dynamisieren Ordnungen, indem sie nicht nur ihren Wandel prägen, sondern ebenso ordnungszersetzend und schließlich auflösend wirken können. Vor diesem Hintergrund eröffnen sich Perspektiven auf den gegenwärtigen Wandel von Demokratien. Dies betrifft einerseits die Deutungskonflikte und -kämpfe, die der globale Siegeszug der Demokratie als hegemoniale Einheitsvorstellung politischer Ordnungen mit sich bringt, und andererseits die Krisen, in denen insbesondere die etablierten Demokratien des Westens seit geraumer Zeit gesehen werden.

1 Einleitung: Die Paradoxie von Ordnungen

Es *gibt* Ordnungen. Ordnungen existieren, solange wir unser Handeln an ihnen orientieren. Indem wir unser Handeln an einer Ordnung orientieren, stellen wir diese Ordnung nicht nur dar. Vielmehr stellen wir diese Ordnung mit diesem Akt erst her, indem wir unser Handeln so mit anderen Handlungen verbinden, wie diese unseres Erachtens miteinander verbunden sind. Wir verknüpfen unsere Handlung mit anderen Handlungen zu einer Ordnung, die ohne unsere aktuelle Verknüpfung nicht existieren würde. Wenn wir uns an einer Ordnung orientieren, gehen wir also davon aus, dass diese Ordnung existiert. Und es ist unsere Handlung, die *uns* mit ihrer Verknüpfung die Existenz dieser Ordnung in actu beweist – zumindest für den Moment.

Allerdings gibt es nicht nur eine Ordnung – es gibt *Ordnungen* (vgl. Anter 2007: 86–94). Wir können also auch anders. Wir könnten uns ebenso an einer anderen Ordnung orientieren. Wir könnten unsere Handlung anders verknüpfen. Die Pluralität von Ordnungen verschafft uns Freiheit: Wir können uns an

dieser oder jener Ordnung orientieren. Die Pluralität von Ordnungen gibt damit aber auch Anderen einen Anlass, zu erwarten, dass wir unsere Orientierung an dieser und nicht an jener Ordnung auch rechtfertigen können. Max Weber (1980: 16–19) zufolge orientieren wir uns dabei bekanntlich an jenen Ordnungen, denen wir *legitime* Geltung zuschreiben. Dies hilft uns, Kontingenz zu bändigen. Darüber hinaus wird damit gegenüber Anderen die Erwartung geweckt, dass sie sich ebenso an der gleichen Ordnung orientieren. Wenn wir unser Handeln dermaßen an einer Ordnung orientieren, verknüpfen wir unsere Handlungen deshalb nicht nur retrospektiv, sondern auch prospektiv. In diesem – Weberschen – Sinn gibt es darum nur Ordnungen, die auch legitim sind.

Ordnungen existieren aber nicht nur – Ordnungen vergehen auch. Die „Paradoxie“ von Ordnungen wird dabei darin gesehen, dass sie sich selbst gefährden (Anter 2007: 52–53). Auch demokratische Ordnungen sind davor nicht gefeit (vgl. Brodocz/Llanque/Schaal 2008). Im Folgenden soll deshalb gezeigt werden, welche Ordnungsdynamiken Konstitution und Verstetigung sowie Wandel und Zerfall von demokratischen Ordnungen bewirken. Zuerst wird generell dargelegt, wie sich Ordnungen durch die Symbolisierung von Einheitsvorstellungen dynamisch konstituieren. Zentral ist dabei der fortlaufende Prozess, mit dem diese Einheitsvorstellungen in ihrer Bedeutung geöffnet werden (2). Durch die Deutungsöffnung ihrer Einheitsvorstellung werden Ordnungen unweigerlich zu Orten von Deutungskonflikten und Kämpfen um Deutungsmacht. Diese Auseinandersetzungen dynamisieren Ordnungen, indem sie nicht nur ihren Wandel prägen, sondern ebenso ordnungszersetzend und schließlich auflösend wirken können (3). Vor diesem Hintergrund werden abschließend Perspektiven auf den gegenwärtigen Wandel von Demokratien skizziert. Dies betrifft einerseits die Deutungskonflikte und -kämpfe, die der globale Siegeszug der Demokratie als hegemoniale Einheitsvorstellung politischer Ordnungen mit sich bringt, und andererseits die Krisen, in denen insbesondere die etablierten Demokratien des Westens seit geraumer Zeit gesehen werden (4).

2 Die dynamische Konstitution von Ordnungen

2.1 Die Dynamik der Deutungsöffnung

Legitim ist eine Ordnung allein für jene Akteure, deren Handlungen sich an derselben orientieren. Orientierungen verschiedener Akteure an derselben Ordnung sind möglich, wenn diese Orientierung von den beteiligten Akteuren als einheitlich reflektiert und dadurch explizit gemacht wird. Auch unter sich unbekanntem Akteuren können sich Ordnungen so jederzeit bilden. Allerdings setzt diese Form

der Ordnungsbildung Anwesenheit voraus, weshalb spontan entstandene Ordnungen besonders fragil sind. Zur Dauer tendieren demgegenüber Ordnungen, die von der Notwendigkeit einer wiederholten expliziten Reflexion ihrer Einheit befreit (worden) sind. Dies ist bei Ordnungen der Fall, die durch eine Einheitsvorstellung symbolisiert werden und so den Akteuren ihre Existenz sowie ihren „Geltungswillen“ (Grimm 2004: 454) beweisen. Wir können uns der Existenz einer solchen Ordnung gewiss sein. Und wir können uns gewiss sein, dass es – zumindest für andere – gute Gründe dafür gibt, diese Ordnung als legitim anzuerkennen. Um von der Existenz einer Ordnung überzeugt zu sein, kommt es unter diesen Umständen weder darauf an, ob wir diese Gründe kennen, noch kommt es darauf an, ob wir diese Gründe sogar teilen. Ordnungen, die durch eine Einheitsvorstellung symbolisiert werden, erlauben uns also, dass wir uns an ihnen orientieren, ohne uns mit anderen über die Gründe ihrer Legitimität verständigen zu müssen.

Wenn jedoch Ordnungen erst aus der Verknüpfung unseres Handelns mit anderen Handlungen hervorgehen, dann kann ihre Symbolisierung durch eine Einheitsvorstellung diesem Prozess kaum vorgängig sein. Ebenso wenig sind Einheitsvorstellungen „Ideen“, die jenseits des Sozialen darauf warten, dass wir Ordnungen mit ihnen identifizieren (Brodocz 2003: 60–63). Vielmehr werden auch die Einheitsvorstellungen erst durch die Handlungen hervorgebracht, die sich an ihnen orientieren. Dies geschieht, indem wir unsere Handlungen mit einer Einheitsvorstellung kommunikativ (verbal oder nonverbal) so verknüpfen, dass darin unsere Orientierung an der Ordnung symbolisch zum Ausdruck kommt. Die Einheitsvorstellung wird durch diese Verknüpfung zu einem Äquivalent aller unserer Handlungen, die sich auf diese Weise mit ihr verbinden.

Unsere Handlungen sind jedoch verschieden. Ebenso sind die Gründe verschieden, weshalb wir unsere Handlungen mit derselben Einheitsvorstellung verknüpfen. Das bedeutet, dass eine Einheitsvorstellung äquivalent zu unterschiedlichen Handlungen und deren Begründungen wird. Durch unterschiedliche Verknüpfungen wird eine Einheitsvorstellung damit selbst unterschiedslos gegenüber Unterschiedlichem. Anders gesagt: Indem eine Einheitsvorstellung mit verschiedenen Handlungen äquivalenziell verbunden wird, büßt diese Einheitsvorstellung Differenzen ein, aus denen sie ihre eigene Bedeutung generieren kann: Sie wird zu einem Signifikanten ohne Signifikat (vgl. Laclau 1994). Die Einheitsvorstellung wird also in ihrer Bedeutung durch diese Verknüpfungen geöffnet. Aus der Außenperspektive erscheinen uns solche Einheitsvorstellungen deshalb als deutungsoffen, während wir ihnen aus der Binnenperspektive beteiligter Akteure durchaus Bedeutung, wenn auch verschiedene, einräumen – ansonsten würden wir unser Handeln auch kaum daran orientieren.

Eine Einheitsvorstellung, mit der eine Ordnung symbolisch zum Ausdruck gebracht wird, ist danach der Effekt eines emergenten Deutungsöffnungsprozesses.

ses, der ihren äquivalenziellen Verknüpfungen mit unterschiedlichen Handlungen aufruhrt. Der Deutungsöffnungsprozess erklärt aber nicht nur, wie Einheitsvorstellungen performativ entstehen und funktionieren, ohne dabei der Ordnung vorgängig zu sein. Mit Hilfe des Deutungsöffnungsprozesses kann zudem nachgezeichnet werden, wie aus unterschiedlichen Handlungen eine Ordnung hervorgeht. Indem sie sich gleichzeitig mit derselben Einheitsvorstellung äquivalenziell verknüpfen, integriert diese Einheitsvorstellung diese differentiellen Handlungen zu einer Ordnung. In dieser Form ist die symbolische Integration (vgl. Bonacker/Brodocz 2001), d. h. die Symbolisierung der Ordnung durch eine Einheitsvorstellung darum konstitutiv für die Ordnungsbildung.

Welcher Signifikant durch seine kommunikative Verknüpfung auf diese Weise in einer Ordnung als Einheitsvorstellung fungiert, ist empirisch eine offene Frage. Sie hängt ganz wesentlich davon ab, ob es zur Deutungsöffnung eines Signifikanten kommt und dass dieser Deutungsöffnungsprozess *am Laufen* bleibt. Diese konstitutive Dynamik ist gewährleistet, solange Akteure ihr Handeln wiederholt an einer Ordnung orientieren, indem sie den Sinn ihres Handelns mit derselben Einheitsvorstellung verknüpfen. Diese Verknüpfungen sind für sich bzw. für jeden verknüpfenden Akteur in diesem Moment eindeutig, ansonsten könnten wir von dieser Ordnung in dieser Situation keine Orientierung erwarten. Der emergente Effekt der Deutungsöffnung zehrt also davon, dass die einzelnen Verknüpfungen den Akteuren eindeutig erscheinen. Dies wird gefährdet, sobald diese Orientierungen und mit ihnen die Unterschiedlichkeit der Verknüpfungen reflektiert und auf diese Weise explizit gemacht werden. In diesem Fall droht, dass sich die Akteure darauf verständigen, dass diese Ordnung und die sie symbolisierende Einheitsvorstellung eindeutig „beliebig“ ist. Hegemoniale Einheitsvorstellungen sind deshalb häufig durch zusätzliche Ideologien abgesichert, die – etwa in der Form von „Transzendenzrekursen“ (Patzelt 2013: 32) – die Kontingenz der Einheitsvorstellung bestreiten bzw. ihre Essentialität behaupten (vgl. Laclau 1996). Sie blockieren so, dass „an sich autonome“ Ordnungen ihre Autonomie auch „für sich“ reflektieren (Bauman 2000: 119–120).

Dennoch ist auch solch „heteronomen“ Ordnungen (Castoriadis 1997: 4) unvermeidlich eine eigentümliche Spannung eingeschrieben, an der sie jederzeit wieder verfallen können. Einerseits tendiert eine fortlaufend auf Rekonstitution angewiesene Ordnung erst zur Dauer, wenn sie durch eine Einheitsvorstellung symbolisiert wird, deren Bedeutung durch äquivalenzielle Verknüpfungen mit unterschiedlichen Handlungen geöffnet worden ist. Andererseits bedroht die jederzeit mögliche Reflexion dieser Deutungsoffenheit die Fortsetzung dieses Prozesses, sobald sich die Akteure dabei auf die Beliebigkeit dieser Ordnung und ihrer Orientierungsleistungen einigen. Wird allerdings diese Beliebigkeit ausdrücklich kommuniziert, dann wird eine Einheitsvorstellung kaum noch dazu motivieren,

dass Akteure ihre Handlungen weiterhin mit ihr verknüpfen, geschweige denn bereit wären, für diese Ordnungen nötigenfalls zu töten oder zu sterben (vgl. Brodocz 2004). Ohne die Fortsetzung dieses Verknüpfens kommt jedoch genau der Deutungsöffnungsprozess zum Erliegen, aus dem die Einheitsvorstellung hervorgeht – zugleich wird die Integration dieser Handlungen zu einer Ordnung so ge-, wenn nicht zerstört.

2.2 Die Dreidimensionalität der Deutungsöffnung

Angesichts dieser Spannung erscheint es allein aufgrund ideologischer Absicherungen wie ihrer „historischen Notwendigkeit“, „religiösen Auserwähltheit“ oder „rationalen Alternativlosigkeit“ eher unwahrscheinlich, dass es Ordnungen gibt. Warum diese Spannung in der Praxis dennoch soweit ausgehalten wird, dass Ordnungen immer wieder eine gewisse Dauer und extensive Ausbreitung entfalten können, wird erst bei einer genaueren Betrachtung des Deutungsöffnungsprozesses deutlich. Die Verknüpfung einer Handlung mit einer Einheitsvorstellung erfolgt durch eine Kommunikation, die in sachlicher, sozialer und zeitlicher Hinsicht unterschiedlich Sinn machen kann (vgl. Luhmann 1971, 1984: 111–122). Indem wir unsere Handlung mit einer Einheitsvorstellung äquivalenzial verbinden, stellen wir fest, *was* diese Einheitsvorstellung ist – nämlich ein Äquivalent und keine Differenz zu unserer Handlung. Sachlich ist dieser Sinn, weil er hier im Anderssein auftritt. Zeitlich macht das Verknüpfen unserer Handlung mit einer Einheitsvorstellung demgegenüber dadurch Sinn, dass dieses Verknüpfen die Vergangenheit und Zukunft der Ordnung neu entwirft: Die Ordnung wird mit der aktuellen Verknüpfung auf eine spezifische Weise gegenwärtig, wie sie *dadurch* vorher war und nachher gewesen sein wird. Sozial ist der Sinn unserer Verknüpfung mit der Einheitsvorstellung schließlich insofern, als diese Verknüpfung unsererseits auf ein bestimmtes Erleben der Ordnung verweist, das andere teilen können oder auch nicht.

Verstetigte Ordnungen verarbeiten die ihnen inhärente Spannung zwischen der emergenten Deutungsoffenheit ihrer Einheitsvorstellung und der für ihre Deutungsöffnung nötigen verschiedenen, für sich aber eindeutigen Verknüpfungen mit unterschiedlichen Handlungen durch eine spezifische Kombination ihrer drei Sinndimensionen. Wenn die Unterschiedlichkeit der verschiedenen Verknüpfungen explizit gemacht wird, dann muss dies nicht sofort dazu führen, dass wir uns über die Beliebigkeit dieser Einheitsvorstellung verständigen. In der Regel kommt es zunächst zu Konflikten darüber, wie die Einheitsvorstellung zu deuten ist. Statt einer Verständigung auf interaktionsfolgenirrelevante „Beliebigkeit“ kann sich auch eine der konfligierenden Deutungen durchsetzen. Geht diese Deu-